

Berliner Tageblatt

Für unzerlegt eingesandte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin,
Stuhl- und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die weiteren Bemühungen Dr. Trimborns.

Die Verhandlungen Dr. Trimborns mit den Parteien.

Die Bemühungen Dr. Trimborns, ein Kabinett zu bilden, dauerten auch heute vormittag fort. Er setzte sich zunächst noch einmal mit der Mehrheitssozialdemokratie in Verbindung, um sie in einer längeren Besprechung über den Stand der Dinge eingehend zu unterrichten. Die Sozialdemokraten hoben nochmals hervor, daß sie sich nicht an der Kabinettsbildung beteiligen könnten, daß sie sich aber nicht von vornherein auf eine grundsätzliche Opposition festlegen, sondern erst einmal die Zeiten der neuen Regierung und den Ausgang der Verhandlungen in Spanien abwarten würden. Dr. Trimborn erklärte daraufhin, daß er nunmehr ein Kabinett aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokratie zustande zu bringen versuchen werde. Er hatte auch bereits eine nach dieser Richtung hin zusammengestellte Ministerliste vorbereitet. Als Reichstagsminister ist, wie wir hören, von Herrn Dr. Trimborn Professor Fehrenbach in Aussicht genommen. Im weiteren Verlaufe des Vormittags setzte sich Dr. Trimborn auch mit Dr. Petersen ins Benehmen, um weitere Verhandlungen mit den Demokraten zu verabreden. Auch mit der Deutschen Volkspartei hat Dr. Trimborn abermals Fühlung genommen. In Zentrumskreisen nimmt man an, daß es Dr. Trimborn in kürzester Zeit gelingen werde, das neue Kabinett zu bilden. Wer indessen die heutigen Äußerungen der Berliner Morgenblätter, die als Organ der Deutschen Volkspartei gelten, gelesen hat, muß es doch höchst zweifelhaft finden, ob für die Demokraten irgendein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei möglich ist.

Einberufung des neuen Reichstags

Berlin, 16. Juni. (Mittlich)

Der Präsident der Nationalversammlung erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Artikel 27 und 180 der Verfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am **Donnerstag, 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.** Der Präsident der Nationalversammlung: C. Fehrenbach.

Die Presse der Rechtsparteien

gegen die Erklärung der Demokraten.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei gibt ihrem tiefen Bekunden darüber, daß sie selbst noch nicht zur Regierungsabstimmung herangezogen worden ist, in folgender Mitteilung Ausdruck, die die Reichspresse veröffentlicht:

„Seit über eine Woche ist die Bildung der Regierung, die von der politischen Lage dringend erfordert und vom deutschen Volk erwartet wird, um seinen Schritt vorwärts gekommen. An die Deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde kein Antrag mit der Regierungsabstimmung verbunden, sondern mit dem Ersuchen um Zeilnahme an den Verhandlungen gemeldet. Das muß uns so sehr beunruhigen, weil durch die veröffentlichten Erklärungen der Fraktion und durch die Haltung, die von der Deutschnationalen Seite seit den Wahlen eingenommen ist, die Bereitwilligkeit der Partei, die Bedürfnisse des Vaterlandes gerecht zu werden, in der gestrigen Sitzung der Fraktion beinahe übereinstimmend darüber, daß die Deutschnationale Fraktion, nachdem durch die Haltung der Sozialdemokraten jede Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten vereitelt wurde, eine Regierungsabstimmung der bürgerlichen Parteien erhebt und zur Mitwirkung dabei durchaus bereit ist. Auch das könnte nicht ohne Opfer der Parteianhänger und der Parteinteressen geschehen. Diese Opfer auf sich zu nehmen, erscheint der Fraktion in Hinblick namentlich auf die bevorstehende Verhandlung in Spa, und auf die Gefahr der von radikaler Seite ausbrechenden angelegten Verurteilung der Verantwortlichen der Verfassung als eine unbedingt vaterländische Pflicht. Wenn diese vaterländische Notwendigkeit bei den weiteren Verhandlungen sich nicht erfüllen lassen sollte, so kann das jedenfalls nicht auf des Verhältnisses der Deutschnationalen Partei zurückgeführt werden.“

Gleichzeitig behauptet eine offiziöse Erklärung der Deutschnationalen, es sei unzutreffend, daß gegen die Bereitwilligkeit zur praktischen Mitarbeit von dem „deutschvölkischen Flügel“ der Partei Widerspruch erhoben worden sei, vielmehr habe in der Deutschnationalen Fraktion von Anfang an in der Frage der Bereitschaft zur praktischen Mitarbeit volle und ausnahmslose Einstimmigkeit bestanden. Wie sich die Deutschnationalen die Mitarbeit aber praktisch denken, zeigen am besten die Kommentare, mit denen ihre Presse die Erklärung des Senats Dr. Petersen aufnimmt. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Mit dieser Erklärung haben die Demokraten die Sache des Bürgerturns von neuem verraten und eine nichtsozialistische Regierung laboriert.“ Das Verlangen, die Hinüberführung der Regierung von der Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Gedanken abhängig zu machen, nennt sie die „versteckte Zumutung“. Das deutschnationale Organ gefüllt sich schließlich darin, die Erklärung der Demokraten auf die Formel aufzufüllen: „Der Jude über das Vaterland!“ Diese schamlose Tonart wird angeschlagen, weil die Deutsche demokratische Partei jede Berührung mit dem Antisemitismus ablehnt.

In der Presse, die für die Deutsche Volkspartei das Wort führt, wird die ausgezeichnete Erklärung der Deutschen demokratischen Partei ganz ähnlich mit Feindseligkeit und zornigen Ausfällen aufgenommen. Das ist vor-

allem bei der antisemitisch-alledeutschen „Täglichen Rundschau“ der Fall, deren Schriftleiter, Herr Rippler, ja jetzt die volksparteiide Fraktion ziert, und die natürlich gleichfalls durch die demokratische Ablehnung des Antisemitismus sich persönlich getroffen und beleidigt fühlt. Auch eine begriffliche Verärgerung darüber, daß die „besten“ Deutsche demokratische Partei in einer Situation, in der bekanntlich die „Sieger“ keinen Rat mehr wußten, mit einer so verständigen und eindrucksvollen Erklärung hervorgetreten ist, spricht sehr deutlich aus den Ausführungen der „Täglichen Rundschau“. Das antisemitisch-alledeutsche Organ der Deutschen Volkspartei ist empört darüber, daß eine Partei sich so zu äußern wage, die „von ihren Wählern einen gehörigen Denzettel erhalten hat“. Die Demokraten hätten „die vom deutschen Volk erhaltene Strafe“ offenbar schon wieder vergessen und sollen „jetzt auf einem sehr hohen Pferde“. Man könne antworten, daß sie allerdings, um Unterschiede von den Leuten der „Täglichen Rundschau“, nicht wie der Greis auf dem Dache sitzen, der sich nicht zu helfen weiß. Zu der Frage der Monarchie sagt das Blatt:

„Die monarchistische Frage steht überhaupt nicht im Mittelpunkt der Debatte, und niemand wird es heute unter ernsthaften Politikern auf der Rechten einfallen, die republikanische Verfassung durch eine monarchistische zu ersetzen. Das deutsche Volk hat jetzt und für die Zukunft andere Aufgaben zu erfüllen, und die monarchistische Frage ist eine Angelegenheit, über die das ganze deutsche Volk zu entscheiden hätte. Das ist, praktisch genommen, der Standpunkt, den man auf der Rechten hat. Theoretisch werden aber die Demokraten den Rechtsparteien eine andere Auffassung als deren grundsätzliche nicht aufzutreiben. In der Deutschen Volkspartei sowohl wie in der Deutschnationalen Partei hat man ganz klare Meinungen über den Wert der Monarchie und über die Nachteile der Republik, und niemand wird es auf der Rechten einfallen, der geschlagenen Deutschnationalen Partei zuuliebe auch nur ein Spießchen der Hebezeugung preiszugeben. Es mag sein, daß unter den Anhängern der Deutschen Volkspartei sich diese oder jene Kreise befinden, die heute vielleicht dem republikanischen Staatsgedanken näher stehen als dem monarchischen, und daß sie der Meinung sind, es liege im Interesse Deutschlands, daß das Reich für alle Zeiten eine Republik bleibe, aber den Demokraten sei verchieden, daß die Ansichten, die beispielsweise erst kürzlich wieder sehr zweifelhaft und nur Verzerrung striftend in der „Köln. Ztg.“ vertreten worden sind, bei mehr als 90 v. H. aller Anhänger der Rechten keinen Widerspruch finden.“

Im übrigen meint das antisemitisch-alledeutsche Organ der Deutschen Volkspartei, daß die Demokraten gar keine Bedingungen zu stellen, sondern sich zu fügen haben. Es erklärt:

„Die Demokraten, die aus dem Wahlschicksal als die Geschlagenen hervorgegangen sind, werden sich darüber klar sein müssen, daß, wenn sie mit den sitzenden Rechtsparteien oder mit einer der Rechtsparteien zusammenarbeiten, sie den Auffassungen rechts von der demokratischen Partei Rechnung tragen müssen. Wie diese Auffassungen sind, ist allgemein bekannt.“

Diese Sprache kann die Demokraten natürlich nur veranlassen, um entschieden an den in ihrer Erklärung formulierten Grundsätzen festzuhalten. Wie jedes Abweichen von diesen Grundsätzen ausgesetzt werden würde, zeigt die Stellung der „Täglichen Rundschau“. Der „Berliner Volks-Anzeiger“, der eine mehr diplomatische Richtung vertritt und die scharfen Töne vermeidet, läßt sich zu der, in der demokratischen Erklärung berührten monarchistischen Frage von hervorragender volksparteilicher Seite mitteilen: „Wenn die demokratische Fraktion sich auf den Standpunkt stellt, daß jede monarchistische Agitation bekämpft werden muß, so verläßt sie den Boden der Reichsverfassung.“ Das ist eine keine Verächtlichung des Sachverhalts. Die demokratische Fraktion hat lediglich erklärt, daß zum Regierungsprogramm Ablehnung und Bekämpfung der monarchistischen Agitation gehört. Die Reichsverfassung gewährleistet allerdings die Freiheit jeder sich in gesetzlichen Bahnen bewegendem Agitation, aber sie begründet doch nicht die Verpflichtung, eine für die Monarchie agitierende Partei in die Regierung einer demokratischen Republik aufzunehmen!

Die demokratische Fraktionsstimmung.

Heute vormittag 11 Uhr trat in der preussischen Landesversammlung die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei des neuen Reichstages zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Senator Petersen, eröffnete die Sitzung mit Begrüßungsworten an die neuen und alten Kollegen und mit warmen Worten des Dankes an den bisherigen Fraktionsvorsitzenden v. Payer und an die nicht wiedergewählten demokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung. Sodann gab Dr. Petersen einen Rückblick über die bisherige Fraktions- und Parteipolitik. Was hier jetzt in Berlin von Tag zu Tag geschieht, sei die beste Rechtfertigung der demokratischen Politik und ihrer Wahlakt. „In der kleineren Fraktion werden wir“, fuhr er fort, „um so größere Arbeit leisten.“ Dr. Petersen ging dann des längeren auf die Vorgänge der letzten Tage ein und erläuterte die Erklärung, die er schriftlich formuliert dem Reichspräsidenten Ebert und dem Abgeordneten Trimborn übergeben hat. Es folgte dann die politische Aussprache, die naturgemäß einen vertraulichen Charakter trug. Ein großer Teil der Abgeordneten sprach den Wunsch zur Wiederherstellung der bisherigen Regierungskoalition aus. Am Schluß der Sitzung sollen die Unterhändler ernannt werden, die zu etwaigen weiteren Verhandlungen für die Kabinettsbildung bestimmt sind. Die Wahl des Fraktionsvorstandes soll erst in der ersten Sitzung nach Zusammentritt des Reichstages erfolgen.

Der neunte Kongreß der kommunistischen Partei in Moskau.

Ist der Bolschewismus wandlungsfähig?

Von [Name verblasst]

Dr. J. Hesson.

ehemaliger Dumaabgeordneter
und Chefredakteur der „Rjetsch“.

Ist eine Wandlung des Bolschewismus möglich? — das ist gegenwärtig mit die wichtigste Frage der internationalen Politik. Nach dem Mißerfolg der militärischen Maßnahmen ist das ganze Drängen und Treiben des ohnmächtigen und ermüdeten Europas, gemäß dem Grundlag „der Wunsch ist der Vater des Gedankens“, auf eine innere Wandlung des Bolschewismus gerichtet, und die Welt bezieht sich, die Frage in einem bejahenden Sinne zu beantworten. Dieser Strömung kommt eine analoge Tendenz unter den Russen selbst entgegen, bei denen die bolschewistische Idee, daß man dem Liebel nicht mit Gewalt Widerstand leisten dürfe, in Zeiten der Depression sich stets eines großen Erfolges erfreute.

Und so sehen wir Krassin bereits in London, und auf die Anfrage aus dem Unterhause antwortet der Vertreter der britischen Regierung, daß die Verhandlungen mit den Bolschewisten lediglich eine Sache der Taktik seien. Andererseits protestiert Frankreich gegen diese Verhandlungen, und zunächst ist der neue Schritt Europas in der Richtung einer Verständigung mit den Bolschewisten nichts als ein neuer Beweis von Ohnmacht, Unentschlossenheit und Mangel einer bewußten Politik.

Und doch ist es, wenn man nur einen Augenblick von tatsächlichen Erwägungen absetzt und in das Wesen der Sache selbst eindringt, nicht schwer, auf Grund authentischer bolschewistischer Dokumente eine Antwort auf die alle so lebhaft interessierende Frage zu erhalten. Vor einem Monat fand in Moskau der neunte Kongreß der kommunistischen Partei statt, der eine ganz außergewöhnliche Bedeutung hatte, denn an ihm nahmen zum ersten Male auch Vertreter der Ukraine, Sibiriens und des Dongebietes teil, und was noch wichtiger ist, hier wurde zu allererst, nach der Unterdrückung der „Konterevolution“, die Frage nach dem Wiederaufbau verhandelt. Denn jetzt nichts mehr entgegenzusetzen soll. Wie hat nun der Kongreß sich ausgeprochen? Die Verhandlungen führten zu einer lebhaften Auseinandersetzung darüber, ob die Fabriken und Werkstätten unter persönlicher Leitung stehen oder kollektiv verwaltet werden sollen, was bekanntlich eine Forderung des Sozialismus ist. Der erstere Standpunkt wurde mit großer Energie von Lenin und Trotski verteidigt, die durchaus die Notwendigkeit, das Prinzip des Militärkommandos auf das wirtschaftliche Leben zu übertragen, beweisen wollten. Trotz der Autorität, der sich diese Männer erfreuen, trafen sie auf eine starke Opposition von Seiten einflussreicher und, wie man annehmen sollte, auch kompetenter Personen, wie A. I. Low, des Vorkonferenzen des Wirtschaftsrates, der den Führern des Weltproletariats Verrat an den grundlegenden Prinzipien des Sozialismus vorwarf und zu beweisen verfuhr, daß dort, wo sich das Prinzip der persönlichen Leitung erhalten habe, die Zerrüttung den höchsten Grad erreichte hat. Dennoch wurde die Opposition vollständig gequodert, und keine einzige Korrektur an den Thesen Lenins und Trotskis wurde vom Kongreß angenommen.

So weit scheint die Wandlung tatsächlich bereits begonnen zu haben. Ja, sie hat nicht nur begonnen, sondern die Bolschewisten haben bereits den Rückgang zu der bürgerlichen Gesellschaftsordnung angetreten: sie fordern Abschaffung und die früheren Befehle der Industrie auf, in ihren Dienst zu treten, übertragen auf sie die Leitung der Betriebe, führen das System der individuellen Entlohnung wieder ein, wobei sie nicht nur Prämien für hervorragende Arbeit geben, sondern auch, auf den Hunger spekulierend, den Lohn in Nahrung zahlen, die in Sowjetrußland nur mit größter Mühe für feures Geld zu haben ist. Das ist schon keine bloße Wandlung mehr, sondern die Rückkehr zu dem alten Regime ist in vollen Gange. Aber wir wollen noch keine Schlüsse ziehen, bevor wir nicht auch die anderen Revolutionen kennen gelernt haben, die an und für sich, besonders aber auch, wenn man sie mit den oben erwähnten vergleicht, von außerordentlichem Interesse sind. Eine der weiteren Fragen, die den Kongreß beschäftigten, war die nach dem Schicksal der Genossenschaften und der Gewerkschaftsvereine. Man sollte meinen, daß diese Fragen in einem demokratischen Staate keinen Anlaß zu einem Mißverständnisse geben konnten. Hier kam es dennoch beinahe zu einer Fäule und ein so angelegener Sozialdemokrat wie A. I. Low konnte erst zu Worte kommen, nachdem 50 Mitglieder des Kongresses den Antrag gestellt hatten, daß ihm das Wort erteilt werde. Natürlich blieb seine Rede ohne jede Folge. Lenin erklärte: „Wir müssen alle Spuren der Politik der Menschewisten und der Sozialrevolutionäre, die die persönliche Freiheit verherlichen, vom Angesicht der Erde vertilgen.“ Und demgemäß wurde beschlossen, die Selbständigkeit der Gewerkschaftsvereine nicht anzuerkennen. Ihre Aufgabe dürfte lediglich darin bestehen, zu der Militarisierung der Arbeit beizutragen. Hierzu müßten sie dem gesamten System der kommunistischen Institutionen eingegliedert werden, dem Staatsapparat untergeordnet, wie Bucharin sich ausdrückte. Aber mehr noch: sie sollen, so meint die „Prawda“, der Kontrolle der kommunistischen Partei unterworfen werden.

Das gleiche Verhalten zeigte sich auch gegenüber den Genossenschaften, von denen heute im Zusammenhang mit der unaufhaltbaren Tendenz zur Erneuerung der

Sandelsbeziehungen mit Russland so viel die Rede ist. Eine Reihe von Rednern trat zwar für die Selbständigkeit der Genossenschaften ein und wies darauf hin, daß hierin ihr eigentliches Ziel bestehe. Aber alles war vergeblich; auch die Genossenschaften sollen liquidiert werden. Allein mit der bloßen Liquidation ist es nicht getan; in die Genossenschaften müssen Kommunisten hineingebracht und sie selbst müssen eine Kollaboration werden.

Auf diese Weise wird jede Neuerung der Selbständigkeit sorgsam unterdrückt und alles der Staatskontrolle unterstellt. Alles muß unter der strengen Vormundschaft der Kommunisten stehen. Wenn wir diese Stellungnahme mit den oben angeführten Resolutionen über die persönliche Meinung vergleichen, so läßt sich der unvermeidliche Widerspruch zwischen den beiden Beschläüssen kaum übersehen. Denn wenn einerseits jede Betätigung durch obrigkeitliche Überwachung geteilt ist, so kann sich andererseits die private Initiative nicht entfalten, und daher konnte, wie wir bereits erwähnten, einer der Kongreßredner, der bekannte Bolschewik Zornitz, mit demselben Recht darauf hinweisen, daß überall dort, wo das persönliche Prinzip eingeführt wurde, die Berechtigung der Industrie ihren Höhepunkt erreicht hat. Wenn daher die Resolution über die persönliche Meinung, die nach der Ansicht vieler Kongreßteilnehmer einen Bericht auf alle sozialistischen Prinzipien zur Voraussetzung hat, von der gänzlichsten Hilfslosigkeit der Bolschewisten zeigt, so redet gleichzeitig die schonungslose Umschreibung der staatlichen Kontrolle und Aufsicht eine deutliche Sprache von dem Miktrauen und dem Argwohn gegenüber den Arbeitern und der Masse. Und in der Tat, der ganze Streit läuft schließlich auf die Frage hinaus, wie weit die Befähigung der Kongreßrevolution notwendig ist. In dieser Hinsicht geben sowohl die Genossenschaften wie die Genossenschaft als Voraussetzung Anlaß, und daher ist die Aufmerksamkeit der Bolschewisten in erster Linie auf sie gerichtet. Oder mit anderen Worten, alle staatlichen Aufgaben werden nur von dem Standpunkt aus gelöst, das Regime zu erhalten, wie das während der letzten Jahre des zaristischen Systems der Fall war. Alles wird dem einen Ziele zum Opfer gebracht, die eigene Existenz noch eine Weile zu verlängern. Und wie daher unter dem alten Regime alle Veruche, es von seiner unfähigen Politik abzurufen, vergeblich waren — denn das überal von einer dumpfen Feindseligkeit umgebene zaristische Regime mußte alle seine Kräfte darauf konzentrieren, sich um jeden Preis am Leben zu erhalten, und konnte keine einzige Reform durchführen, da es keinen solchen Versuch als eine Gefahr für seine Existenz anah — eben so steht der Bolschewismus in allem eine Bedrohung seiner selbst und muß daher jede soziale Frage nicht vom Standpunkt der staatlichen Notwendigkeit, sondern aus dem der Sicherung und Verlängerung seiner Herrschaft aus betrachten. Daraus ergibt sich die unvermeidliche Folge, daß alle Veruche, den eingeschlagenen Kurs zu ändern und den Bolschewismus in den Weg der Wandlung, der Evolution zu drängen, zum Mißerfolg verurteilt sind, und auch der Bolschewismus rechnet seinerseits nicht mit einer Veränderung, sondern ausschließlich mit dem Siege der dritten Internationalen. Er hofft darauf, daß in England und Amerika die wirtschaftliche Krise mit der Revolution einhergeht. Was Deutschland, Italien und Frankreich anbetreffe, so ist dort die Katastrophe schon für die aller nächste Zeit in den Bereich der Möglichkeit gerückt. So stellt sich für den neunten Kongreß die internationale Konjunktur dar, und das ist es, was von der nächsten Zukunft erwartet. Und wenn Lloyd George, der doch all das sehr gut wissen sollte, auf die Anfrage im Unterhause antwortet, daß Kräfte gleichzeitig bolschewistischer Kommunisten und Vertreter der Genossenschaften sei, und daß die Handelsbeziehungen nicht mit der Sowjetregierung, sondern mit den Genossenschaften angeknüpft werden sollen, und wenn dies in demselben Augenblick geschieht, wo die Bolschewisten ihren Vorkurs in Perlen anstreuen haben, so muß man sich erkundigen, wie und wodurch diese Absicht, den tatsächlichen Verhältnissen offen ins Auge zu schauen, erfüllt werden kann.

Wafel, 16. Juni. (D. W.) Nach einer römischen Meldung ist der Botschafter des Fürsten Bialow in Rom eingetroffen. In der Villa Malta herrscht reges Leben. Es wird behauptet, daß sich Fürst Bialow im Herbst wieder in Rom niederlassen wird.

Armenisches Eiland.

Verneid, im Juni.

I.
Übermal fuhr ich von Venedig hinüber nach San Lazzaro. Dort schwimmt in der Lagune gefriedet ein Kloster mit armenischen Mönchen. Mit Kreuzgärten. Mit Gärten. Mit einem Refektorium. Mit Kapellen. Mit Bibliotheken. Mit Stifftlichen Gemälden, frühen codices. Mit uralten Gestein, langbärtigen, weißer. Mit einem Garten inmitten der Blut hinter der abendlichen Mauer des demutvollen, stillen Eilands.

II.
Oft war ich früher dort. Insofern hat sich einiges verändert in der Welt; auch in Venedig — der marmornen und perlmuternen Stadt. Zu Dogenpalast waren die Bilder noch nicht wieder an den Wänden. Man brachte sie jetzt von neuem unter Dach. Die große Zeit schuf die Pflichten, edlere Gebilde von Menschenhand in Keller zu heften. Als ob man ein gewisses Schauspiel ihnen ersparen wollte. Das raumvolle „Paradies“ des Titimortos blieb noch unsehbar.

Herliche Glasfenster in der hellen, hohen Grabkirche San Giovanni e Paolo waren durch die feischfröhliche Zeit in Splitter gebrochen. Insofern durch die Bomben einer Bombe von fünfzigjähriger heiterer Millionenen durchstößt.

Und als ich die geliebte Kirche zur Schönen Maria, Santa Maria Formosa, wieder besuchte, standen bloß die Mauern — das Innere war schutt. Doch die heilige Barbara darin, von Parma dem Heiligen, mit ihrem rotschimmernden Haar, wie eine Venezianerin als eine Heilige blieb gerettet; — dabei stand sie dort, o menschliche Dummheit, als Schutzherrin der Künstlerinnen.

III.
Zuvor las ich irgendwo, es war in einem Zitronendort, die Mauerinschrift beim Gemeindepalast italienischer Parteien: Krieg denen, die den Krieg gepflanz haben! („La guerra a chi hanno voluto la guerra!“)

IV.
Für die Armenier hatte der Friedensschluß zuvörderst eine Republik ausgerufen. Bereits von dem, der die Klagen so oft unrichtig geklärt hat, wie die Offiziere allemal taten: Eine Republik von plumpem Gehör der „Schlichter“ die nicht erlösen, sondern schmerzliche Gefühle machen; gewollt, nicht gewollt, annehmend, gewollt, von der weißen Wölbung, nicht von dem dunklen, daß über und dort in der Umwelt; dies Schicksal sprach in den Augen manches guten Weltbetrachters für das

Deutschlands Lage auf der Spa-Konferenz.

Unumfängliche Forderungen. — Eine ganz ungemein ernste Situation.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Spaa, 16. Juni.

Aus sehr zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß Englands Entschlossenheit, die in der letzten Woche sehr gefährdete Konferenz von Spa zu Stande zu bringen, tatsächlich gesiegt hat. Lloyd George hat mit dem Nichtaufbehalten der Brüsseler Finanzkonferenz gedroht. In Spa wird man sich also wahrscheinlich zum 5. Juli versammeln. Vorher sprechen die Premierminister der alliierten Großmächte, in Brüssel wahrscheinlich, miteinander. Aber aus derselben Quelle erfahre ich auch, daß diese Besprechung Deutschland bereits vor unumfängliche Forderungen stellen wird, die eine Erörterung von Grund auf ausschließen. Das ist schon eine sehr ernste Tatsache. Man konnte nur noch hoffen, daß die Besprechungen in Brüssel ein nicht unerträgliches Ergebnis haben werden. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist sehr gering. An dem Wunsch Englands und Amerikas, nicht zu scharfe Saiten aufzuziehen, ist nicht zu zweifeln. Aber auch nicht an der Entschlossenheit Frankreichs, alles herauszuboten, was nach seiner Meinung aus dem Versailles Vertrag — und Deutschland herauszuholen ist. Der ganze Zug der englischen Politik ist, wie früher, so auch heute noch, darauf gerichtet, Frankreich bei der letzten Entscheidung den Vortritt zu lassen. Die deutschen Unterhändler werden eine ganz ungemein ernste Situation in Spa vorfinden. Sie werden sich darauf einzurichten haben.

Es ist damit zu rechnen, daß die schwereren Entscheidungen, die in Spa für viele Jahrzehnte deutscher Zukunft fallen werden, gewissermaßen eingehüllt werden sollen in Verhandlungen über den augenblicklich sehr wichtigen Punkt der Deduktion der wichtigsten Bedürfnisse Deutschlands, besonders auf dem Gebiet der Ernährung. Eigentlich ist das ein Thema für die Finanzkonferenz in Brüssel. Wenn Deutschland in Spa auf dem Gebiet der Ernährung Zugeständnisse gemacht werden sollen, so ist das nur aufs Höchste zu begründen. Aber diese angenehmeren Dinge haben nichts zu tun mit der Dauer und dem Umfang der Schuldhaft, die über Deutschland verhängt werden soll, und die nach aller Voraussicht schon vom ersten Augenblick an unendlich drückend sein wird. Es sei bemerkt, daß die augenblickliche diplomatische Vorbereitung der Spa-Konferenz, die also nur ein Abköhling von Versailles in direkter Linie sein wird, in den angewandten Mitteln eine mehrwöchige Lehntheit mit der Vorbereitung von Versailles hat, besonders im Punkte der Berufungspolitik der Alliierten gegenüber Deutschland.

Hinzugefügt sei, daß man im ganzen Ausland, im feindlichen und neutralen, die Lage der inneren Politik Deutschlands in diesem Augenblick nicht versteht. Die holländischen Zeitungen zum Beispiel sagen nämlich, daß Einmütigkeit des Landes gegenüber den schweren auswärtigen Problemen jetzt die Hauptsache wäre.

Lloyd George über die Entwaffnung Deutschlands.

Konstantinopel, 15. Juni. (M. Z. W.)

In Erweiterung auf eine im englischen Parlament gestellte Frage über die Maßnahmen, die Deutschland seit der Konferenz von San Remo zur Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages getroffen hat, erteilte Lloyd George eine schriftliche Antwort, in der er heißt: Am 10. Mai schickte die internationalisierte Kontrollkommission die Stärke des deutschen Heeres auf 270 000 Mann, am 10. Juni wurde in einem deutschen Funkpruch amtlich bekanntgegeben, daß bis zu diesem Tage das deutsche Heer auf 200 000 Mann vermindert worden sei. Diese Mitteilung, erteilte Lloyd George, ist bisher von der internationalisierten Kontrollkommission noch nicht nachgeprüft worden. Jedenfalls aber liegen Anzeichen dafür vor, daß das deutsche Heer im letzten Monat beträchtlich vermindert worden ist. Eine große Anzahl

armenische Volk. Etwas Besonderes mußte schon an ihm sein. „Du hast mich mächtig angezogen.“ So fuhr ich, zum vierten Male in diesem Leben, hinüber nach San Lazzaro. Die Sonne des immer noch glühenden, leuchtenschweren Vorabends quoll auf das Berd der Gondel.

Leuchte mit die Hand beim Gleiten ins Wasser, so ward ihr froh zu Mut, als ob sie ein Fisch wäre.

V.
„Ich will Sie nun mit dem Vater bekanntmachen, der sich politischen Fragen widmet!“, sprach im Lauf der Unterhaltung einer der Esperippen. Nach kurzer Zeit kam er mit einem weniger als mittelgroßen schwarzhaarigen Mann zurück. Dunkle, klugen Augen, freudiger Ernst.

Es war der Vater Anker (armenisch Anker), der auf seinen diplomatischen Reisen zu Beginn des Krieges auch nach Deutschland fuhr — und zu Gräber ging. Mit dem war er befreundet. Der Vater sprach hin und hin, baren Massen unter den Armeniern. Er selber wollte kein Beides dagegen tun — dann jedoch schrie er, die Nachrichten über das Gemetzel seien übertrieben. Sie waren aber nicht übertrieben.

Deutschland ist es nicht, das die schmerzlichen Greuel der Türken gebildet hat — nur ein Teil des deutschen Militarismus. Anker, so leid es ihm tat, verheißte nicht, daß deutsche Offiziere feineswegs nur zugehört, sondern tätig an den Schicksalstagen mitgewirkt haben. Warum? Weil im Krieg das Tier entsetzt wird. Dieser allgemeine Trieb scheint mehr gewirkt zu haben als irgendein politischer Grund.

Nebenher lag eine ungeheuren Blutschuld an der deutschen Politik. Der Erstgebildete war Herr v. Wangenheim, Botschafter am Goldenen Horn; — nach der Meinung des armenischen Vaters. Die deutsche Politik war auch hier im tiefsten Irrtum! Statt die Armenier zu gewinnen, hoffte man sie wohl für eine Art Zwangsarbeit auszubereiten. . . nach der Deportation in wenig kultivierte Gegenden, deren Bevölkerung unzulässig zum Aufbau war. (Ich gebe nur Meinungen des Vaters wieder, der sonst von Deutschland immer mit einer herzlichen, etwas betrübten Zuneigung sprach).

VI.
Deutschland hat viel an den Armeniern gut zu machen — fand er. Die Wehregrenze unter den Augen der deutschen Offiziere waren besonders grausam. Bei Kriegsausbruch forderten die Türken von „ihren“ Armeniern die Untergeblichkeit der russischen Armenier; das wurde verweigert. Da stiehe man sie, fünfzigjährig bis zu den Sechzigjährigen, ins türkische Heer — gab ihnen aber keine Waffen! Sie dienten als Ausgelung, an bevorzugten Stellen. . . Zwangsdeutend wurden die Waffentellen carrenweise von Türken umzingelt — und niedergemacht. In Säufen geschlachtet wie das Vieh.

von Duten ist entlassen worden. Die Einheiten des Heeres sind mit der Reichswehr vermischt worden. Die deutsche Regierung erteilte Befehl zur Auflösung und Entlassung der unzulässigen Formationen und der Einwohnereinheiten. Sie dringt aber doch immer auf Constantinopel zur Verhaltung einer bewaffneten Gendarmerie. 23 877 Gefolge und 37 263 Maschinen-gewehre sind ausgeliefert worden.

Änderungen des türkischen Friedensvertrages?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

v. Wafel, 16. Juni.

Aus Paris wird gemeldet: Um zu verhindern, daß Ägypten der bolschewistischen Anarchie verfallt, sah die Oberste Rat gewisse Änderungen der Bestimmungen des vor einer Woche der türkischen Delegation überreichten Friedensvertrages ins Auge.

Den Ägypter Nachrichten wird aus Paris gemeldet: Frankreich hat sich entschlossen, in Syrien und Cilicien etwas andere Ansichten über den Dazwischenkunft der türkischen Aufständischen nachhängigkeit. Und auch die Engländer sind in der Türkei auf Schweregefallen getroffen, die ihnen zu denken geben. Dies erklärt die harten Gerüchte über die Revision des türkischen Vertrages. Ob die Gerüchte wahr sind oder nicht, hat praktisch nicht viel Bedeutung. Der Vertrag ist noch nicht unterzeichnet, und man sieht, daß niemand die Mittel hat, seine Durchführung zu erzwingen. Mustafa Kemal Pascha ist der wahre Herr in Kleinasien. Die Franzosen haben fälschlich gesehen, daß man mit ihm verhandeln muß und nicht mit Konstantinopel. Nach einer gleichzeitig aus Konstantinopel vorliegenden Meldung über den zwischen den Franzosen und den türkischen Nationalisten in Cilicien abgeschlossenen Waffenstillstand müssen die Franzosen Wozantiräumen, dessen Garnison bereits übergeben wurde. Auch Wirtab muß von den Franzosen geräumt werden. Die französischen und türkischen Gefangenen werden gegenseitig ausgetauscht. Gadjin wird offenbar seinem Schicksal überlassen.

Nach einer Londoner Meldung des „Temps“ fuhrst schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfallt, der Oberste Rat gewisse bedeutende Änderungen der türkischen Friedensverträge ins Auge faßte. Eine Atmosphäre der Unruhe schiene in Konstantinopel zu herrschen, indem sich die nationalistischen Streikkräfte von Mustafa Kemal Pascha nicht nur auf Kleinasien, sondern auch der asiatischen Küste des Mararmarees mit Ausnahme von Izmid, wo sich noch eine britische Garnison halten könne, bemächtigt hätten. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Mararmara bemächtigt, die die Schifffahrt, die von Gallipoli nach Konstantinopel führe, beherrschte.

Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus Konstantinopel sollen vier Anhänger von Mustafa Kemal Pascha, darunter zwei Offiziere, als Urheber eines Komplotts gegen den Großwesir auf dem freien Platz vor dem Kriegsministerium gehängt worden sein. Die Beziehungen zwischen dem Großwesir und Mustafa Kemal Pascha nähmen jeden Tag mehr den Charakter persönlicher Hasses an.

Marburger Studenten vor dem Kriegsgericht

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Marburg, 16. Juni.

Heute morgen 8 Uhr fand auf der Landstraße Eisenach-Botha bei den Orten Gelsfeld, Meckelstedt und Leutleben der Vorkatter im des Kriegsgerichts statt, in Sachen der Verhandlung gegen die Marburger Zeitschriften. Die Aussagen der Angeklagten ergaben fast immer dasselbe Bild. Die Gefangenen waren nach der Angabe der Angeklagten auf den ersten Fluchtversuch hin unruhig geworden und hätten das glückliche Gefängnis erst durch den Zusage des Zeugen Barts befunden, daß, entgegen den Aussagen der Angeklagten, diese nicht in aufgelöster Kolonne, sondern in geschlossener Marschordnung mit den Gefangenen in der Mitte marschieren seien. Die Angeklagten sagten dagegen aus, daß sie nach dem Fluchtversuch in einigen Fällen erst nach längerem Laufen zum Schließen gekommen seien.

Ich unterbrach ihn und versicherte der Wahrheit gemäß, daß über alle diese Inten und ihre Begünstiger das deutsche Volk erst hinterdrein etwas erfahren hat, nachdem der allgemeine kriegerische Grundsaß „schwindele und verschweige“ außer Kraft gekommen war. Der Vater hätte vor Jahren Ender Pascha menschlich gefasst — und wie vermutet, daß jemals dieser moderne Herr für solch Grausamkeit zu haben sein würde. Der Mönch schüttelte den Kopf, erseufendvoll. . . Ender Bormarsch — die venezianischen Wälder sprachen viel davon — erschien ihm „point du tout funeste“. Er nahm die neue Wendung im armenischen Schicksal nicht so schwer. . . oder wollte sie nicht schwer nehmen.

VII.
Das armenische Schicksal ist zu einem Friedensschluß, nicht zu einem Frieden gelangt. Wie wir alle. Wahrheit und Unvollkommenheit flüsternder Abmachungen!

Zwei Millionen des winzigen Armenierstammes kamen in dem neuen Staat nicht unter — das ist Fußarbeit. So sprach er. Für andere Völker ist es ein Unglück, wenn der Boden nichts trägt, — doch Armeniens Unglück ist es, daß der Boden so viel trägt! Daher Frankreichs kümmerliche Neigung für Cilicien. . . Auf Armenien paßt das Wort: „Denn ich war schön, und das war mein Verderben.“

Der Vater zeigte bei solchen Erwägungen fast nichts von Schmerz. Er sprach, das Volk, das, von der Welt und Unvollkommenheit lag in seiner Haltung. Und er ruhiger Fußarbeit. Die neue armenische Republik birgt ein handelsbetriebenes Volk — aber man gab ihm keinen Meerzugang! Dies halbe Armenien bleibt umringt von rohsten Volkstümern — und ungeschützt von der Entente. Fußarbeit!

Röflich die Antwort auf meine Frage, was für den jungen armenischen Staat bestimmlicher gewesen wäre: Republik oder Monarchie. Er sprach: „Zunächst eine Weile Monarchie!“ mit folgender bewundernswürdigen Begründung:

„Es gibt in Armenien keine Durchschnittsköpfe; jeder ist über dem Durchschnitt; andere Länder haben die sogenannte Masse, daneben Fußgestalten — das armenische Volk nicht; hier führt jeder, nach der Art, den Durchschnitt im Zentrum.“

„Also darum eben Republik!“

— Mein; eben darum nicht; sie würden sich zwei aufschneiden gegen eine Regierung, die aus Unvergleichlichen besteht. . . aber sie nähmen es wie ein Schicksal achzend hin, wenn irgend ein Gefürter, ein ausländischer Weing, an die Macht kommt. Das wäre eine Kontroverse. . .

Er sprach mit einer stillen Überzeugtheit, wie jemand, der seine Handlung kennt. Mit feinsten überlegenem Blick, ohne Herzmacht.

